

Evangelische Verantwortung

Normal für eine Demokratie – fatal für Deutschland?

Jochen Borchert

Seit dem Abend des vergangenen Wahlsonntags ist die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland eine andere. Nach 16 Jahren christlich-demokratisch geführter Politik hat sich die Wählermehrheit für einen Machtwechsel und gegen die Union entschieden. Bundeskanzler Helmut Kohl gibt nun die Stafette ab an Gerhard Schröder. Machtwechsel: Normal für eine Demokratie – fatal für Deutschland?

Helmut Kohl hat die politische Wirklichkeit Deutschlands entscheidend geprägt. Seine Leistungen sind nicht nur unbestritten und auch vom politischen Gegner anerkannt, sie sind darüber hinaus vermutlich von keinem späteren deutschen Bundeskanzler zu übertreffen. Helmut Kohl hat die deutsche Wiedervereinigung durchgesetzt und die europäische Einigung auf ein sicheres Gleis gebracht. Er hat Frieden und Freiheit für das ganze Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa verwirklicht.

Mehr Erwerbstätige

Doch auch die politische Gegenwart hat Helmut Kohl und mit ihm die Union gemeistert. Trotz der weltweiten Umbrüche, trotz der wirtschaftlichen Globalisierung mit ihrem Kon-



Jochen Borchert

kurrenzdruck und trotz der finanziellen Erblast der sozialistischen DDR ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Zahl der Erwerbstätigen zu erhöhen.

Trendwende war sichtbar

Im vergangenen Jahr wies das Statistische Bundesamt mit 29,2 Millionen Erwerbstätigen im Westen 2,4 Millionen mehr als im Jahre 1982 aus. Die Erwerbstätigenquote im Westen und im Osten Deutschlands ist fast gleich groß, sie liegt

bei etwa 60 Prozent. Im vergangenen halben Jahr ist die Arbeitslosigkeit um 750.000 Menschen zurückgegangen. Sie lag im Monat September bei unter vier Millionen Menschen. Die Trendwende ist für alle sichtbar erreicht. Die Wirtschaft ist dank unserer Reformpolitik auf Wachstumskurs, auch im Osten: Das Bruttoinlandsprodukt im Westen wuchs seit 1991 um 7 Prozent, in den östlichen Ländern um 41 Prozent. Die Inflationsrate ist auf einem langanhaltenden, historischen Tief, was jede Familie im Portemonnaie spürt.

Angesichts der historischen Leistungen und der gegenwärtig objektiv guten Wirtschaftsdaten – warum mußte die Union am 27. September das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 hinnehmen?

Alternative blieb im dunkeln

Der wichtigste Grund liegt wohl darin, daß **politische Inhalte keine**, der bloße Wunsch nach einem personellen Wechsel aber die größte **Rolle im Wahlkampf** gespielt hat. Im dunkeln blieb bis zuletzt, was die inhaltliche Alternative der SPD zum aussageklaren Zukunfts-

Themen:

Unternehmen Kirche	6
Unternehmen Diakonie	8
Gefährdete Kirchen in Thüringen	11

programm der Union denn nun genau sei. Das wollte niemand sagen und die Wählermehrheit offenbar auch nicht hören.

Gerhard Schröder hat versprochen, daß die „neue Politik“ allen Bürgerinnen und Bürgern schmecken wird. Noch in der Wahlnacht hat er wiederholt, was er will: Kontinuität in der Außenpolitik, Stabilität in der Wirtschafts- und Innenpolitik. Aus dem Machtwechsel soll keine politische Erschütterung werden. Ja, im Gegenteil: Es würde nur vieles besser werden. Die SPD will die Herausforderungen der Zukunft bewältigen, ohne den Bürgern Umstellungen und auch Belastungen zuzumuten.

SPD nährt Illusionen

Mit dieser Botschaft meint die SPD die von ihr so genannte „neue Mitte“ gewonnen zu haben. Gewonnen hat die SPD vor allem bei den 45-59jährigen (+ 6 Prozentpunkte) und bei den Angestellten (+ 7 Prozentpunkte). Das ist genau die Alters- bzw. Berufsgruppe, die von der SPD die süßesten Wahlkampfversprechen zu hören bekam. So will die SPD die Flexibilisierungen beim Kündigungsschutz, beim Schlechtwettergeld und in der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall rückgängig machen, obwohl diese Reformen nachweislich zur Trendwende auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben. Wenn SPD und Grüne diese Korrekturen zurücknahmen – wozu sie jetzt deutliche Mehrheiten hätten –, schwächen sie den Aufschwung, vernichten Arbeitsplätze und gefährden damit letztlich auch die Arbeitsplatzbesitzer selbst.

Paradoxerweise ist es der SPD gelungen, im allgemeinen **Wählerbewußtsein als innovative Kraft** zu erscheinen, obwohl sie im selben Atemzug diejenigen Reformen, die die Union gegen die rot-grüne Blockade hat durchsetzen können, wieder zurücknehmen will. Ein Beispiel ist die Rentenreform. Um die Renten sicher zu halten, hat die Union einen demographischen Faktor in die Rentenformel eingebaut. Nach unseren Vorstellungen sollten die finanziellen Folgen

einer – glücklicherweise – höheren Lebenserwartung der Menschen gleichgewichtig auf die jüngere Generation, die die Rentenbeiträge zahlt, und die ältere Generation durch einen verlangsamen Rentenanstieg verteilt werden. Im Klartext: Die Renten sollen weiter steigen, aber etwas langsamer. Diese Lösung, die wir als eine gerechte und solidarische Lastenteilung erarbeitet haben, bezeichnete die SPD im Wahlkampf als „unsozial“ und

14. Wahlperiode

Mitglieder des neuen Bundestages:

47 CSU, davon evgl.: 6 (12,8 %)
198 CDU, davon evgl.: 91 (46 %)

„Rentenlüge“. Jetzt will sie die Rentenreform rückgängig machen. Damit nährt die SPD die Illusion, die kleiner werdende Generation der Beitragszahler könnte das derzeitige Rentenniveau aus laufenden Beiträgen oder über höhere Steuern finanzieren. Doch sind die Beiträge an die Rentenkasse bereits an eine Obergrenze gestoßen, und höhere Steuern sind Gift für die Wirtschaft und würden die Rentenbeitragszahler an anderer Stelle wieder belasten. Es bleibt also die Frage, wie die Regierung Schröder ihre Wahlversprechen angesichts der demographischen und finanziellen Wirklichkeit einlösen will.

Belastungsfähigkeit der Wirtschaft testen?

Die SPD glaubt diese Frage mit einer Steuerpolitik beantworten zu können, die die sozial Schwachen entlastet und einen Beitrag bei jenen einfordert, „die Blut, Schweiß und Tränen immer in Kommentaren und Vorträgen“ forderten, wie der zukünftige Finanzminister Oskar Lafontaine formulierte. Der SPD-Vorsitzende behauptet wieder und wieder, die unionsgeführte Bundesregierung habe 16 Jahre lang „von unten nach oben umverteilt“. Die Realität sieht freilich ganz anders aus. Inzwischen machen die Sozial-

leistungen über ein Drittel des gesamten Sozialproduktes in Deutschland aus – das sind weit über eine Billion Mark. Allein diese Zahl verdeutlicht: Das „Soziale“ in unserem Staat ist gut entwickelt.

Staatsverständnis unterschiedlich

Oskar Lafontaines Formulierung erinnert fatal an die Devise der SPD in den 70er Jahren, die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft zu testen. Ausbildungsplatzabgabe, willkürliche Energieverteuerung, Sozialversicherungspflichtigkeit von Geringverdienern – dieses und viel mehr wird die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in Deutschland verringern und läßt ausländisches Kapital einen Bogen um Deutschland machen.

Die SPD hat offenbar **nichts dazugelernt** und glaubt noch immer, der Staat verfüge über ein höheres unternehmerisches Wissen als die Unternehmer selbst, die sich – Tag ein, Tag aus – auf unzähligen Märkten in der ganzen Welt bewähren. Doch die **Aufgabe des Staates** ist nicht, die Wirtschaft zu lenken, sondern **Rahmenbedingungen zu schaffen**, damit sich unternehmerisches Handeln möglichst frei entfalten kann. Dazu gehört, die Steuern für alle zu senken, Schulden abzubauen und einen dynamischen Übergang von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft zu fördern.

Den Unternehmen muß es möglich sein, Gewinne zu erzielen, um diese hier, bei uns, zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. So stabilisiert der Staat zugleich auch seine eigenen Grundlagen, denn nur auf diese Weise werden Steuern für den Staatshaushalt, Beiträge für die Versicherungssysteme unseres Sozialstaats und Mittel für den Schutz von Umwelt und Natur erwirtschaftet und nicht lediglich umverteilt oder ausgeborgt.

Im **Staatsverständnis** manifestiert sich ein wesentlicher **Unterschied** zwischen der SPD und der Union. Die SPD will einen Staat, der die Menschen gleichmacht. Die Union will einen

Staat, in dem sich der eigenverantwortliche, selbständige, interessierte, Initiativen ergreifende, Eigentum bildende, leistungsbereite – kurz, der freie Mensch bewegen kann. Das entspricht unserem Verständnis von einem christlichen Menschenbild.

Die CDU-geführte Bundesregierung war auf einem guten Weg. Daß er zugleich beschwerlich war, hat mit zur Wahlniederlage beigetragen. Doch gibt es keine erfolgreichen Reformen ohne Anstrengungen. Weil sie Anstrengungen vermeiden will, wird die rot-grüne Regierungsarbeit scheitern. Die Wähler haben mit Schröder zwar einen neuen Kanzler, aber eine alte Politik gewählt, die von Oskar Lafontaine bestimmt wird. Befinden wir uns am Anfang einer Entwicklung, an deren Ende „der 'soziale Untertan' und die bevorzogene Garantie der sozialen Sicherheit durch den allmächtigen Staat sowie die damit verbundene Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit“ stehen? Schon Ludwig Erhard warnte davor und wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, damit diese erschreckende Vorstellung nicht Wirklichkeit wird.

Veränderungsprozeß sinnvoll gestalten

Die Wähler haben der CDU/CSU die Rolle der Opposition zugewiesen. Wir werden diese in einer Demokratie wichtige Aufgabe offensiv wahrnehmen. Gerade in der Opposition gilt: Am Tag nach der Wahl beginnt der Wahlkampf für die nächste Wahl. Das ist Demokratie, und darum dürfen wir auch nach einem enttäuschenden Wahlergebnis nicht resignieren.

Jetzt haben wir den notwendigen inhaltlichen und personellen Veränderungsprozeß in unserer Partei sinnvoll zu gestalten. Auch der EAK muß sich Klarheit darüber verschaffen, mit welchen Themen und mit welchen Personen die Union jetzt und in Zukunft antreten soll, damit wir die politische Arbeit in den nächsten Jahren erfolgreich gestalten können. ■

Was geschah im November 1938?

Albrecht Martin

Wenn man es nicht schon gewußt hätte, heute vor 10 Jahren konnte man sehr unmittelbar erfahren, wie schwierig, ja wie problematisch es ist, anläßlich dieses Gedenktages sich zu den Ereignissen am 9. November 1938 zu äußern. Ein buchstäblich falscher Zungenschlag, eine unzulängliche Lesetechnik genügte, um – unabhängig vom Inhalt der Rede – die heftigsten Diskussionen auszulösen.

Meiner Ansicht nach hat das darin seinen Grund, daß kein anderes Ereignis so wie dieses das ganze deutsche Volk mit einbezog in die Zerstörung des Rechtsstaates und die Verweigerung jedes Rechtsschutzes für eine bestimmte Gruppe von Bürgern dieses Staates, die durch die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft oder durch die Abstammung von Gliedern dieser Gemeinschaft umschrieben war.

Bei den vielen einzelnen Schritten auf dem Wege zur Vernichtung des deutschen und dann des europäischen Judentums konnten die Menschen damals und im Nachhinein sagen, nicht dafür verantwortlich, nicht beteiligt gewesen zu sein oder gar nichts davon gewußt zu haben. Nach dem 9. November 1938 aber mußte sich jeder Bürger, jede Bürgerin jeder Gemeinde, in der auch nur eine Wohnung jüdischer Mitbürger oder eines ihrer Geschäfte geplündert worden war, fragen lassen, was er oder sie denn zu ihrem Schutz getan habe oder welche Hilfe er wenigstens am nächsten Tage geleistet habe.

Vor vielen Jahren diskutierten wir einmal in größerem Kreis über die Ereignisse des 9. November 1938. Ich fragte damals, warum in allen deutschen Städten nicht ein Einsatzleiter der Polizei, nicht ein Standortkommandant der Wehrmacht gegen den plündernden und Menschen quälenden Mob mit der

Waffe eingeschritten sei. Die entsetzte Reaktion: „Dann hätte es Tote gegeben, das wäre der Bürgerkrieg gewesen!“ hat mich damals und seitdem immer wieder zum Nachdenken gezwungen. Denn so richtig es ist, daß damals viel Feigheit und Ängstlichkeit, hier und da auch verzweifelte Resignation im Spiel waren, für die Rückbesinnung heute muß im Mittelpunkt die Frage stehen, wie es denn zu solch Furchtbarem hat kommen können und worauf wir zu achten haben, daß Ähnliches sich nicht wiederholt.

Was geschah in jenen Novembertagen 1938?

Dazu ist gewiß notwendig, den weiteren Weg bis Auschwitz vor Augen zu haben, aber auch einmal die Situation vom Spätherbst 1938 zu bedenken. Denn das war ja damals das Neue, mit dem man in Deutschland keinerlei Erfahrung hatte, daß nämlich die staatlichen Organe, Polizei, Justiz und Verwaltungen nicht mehr das Recht schützten, sondern eine Gruppe von Staatsbürgern außerhalb des Rechtes stellten und der Willkür preisgaben. Versuchen wir also, den 9. November 1938 unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten.

Am 7. November 1938 verübte ein siebzehnjähriger deutsch-polnischer Jude, Herzel Grünspan, ein Attentat auf den Legationssekretär vom Rath von der deutschen Botschaft in Paris. Es war ein Akt ohnmächtiger Rache des Siebzehnjährigen, dessen Eltern zu den 15.000 Juden gehörten, die aus Deutschland ausgewiesen worden waren, deren Staatsangehörigkeit von Polen nicht anerkannt wurde und die nun in Schnee und Regen im Niemandsland zwischen Deutschland und Polen umherirrten.

Am 8. November schrieb der „Völkische Beobachter“: „Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird.“ Das war

noch kein Befehl, wurde aber von radikalen Antisemiten so verstanden. Noch am Abend des 8. November kam es zu ersten Ausschreitungen nach wüsten Hetzreden der Ortsgruppenleiter z.B. in Hessen und Sachsen-Anhalt. Demonstranten, die in Uniform erschienen, wurden mit der Weisung nach Hause geschickt, sie sollten in Zivilkleidung wiederkommen.

Nun feierte am 9. November alljährlich Hitler im Kreise seiner „Alten Kämpfer“ die Erinnerung an den gescheiterten Putsch des Jahres 1923. Hitler saß beim Kameradschaftsabend in München mit seinen alten Kämpfern zusammen, als die Nachricht vom Tode Ernst Eduard vom Raths eintraf. Er sprach lange mit Goebbels und verließ dann die Veranstaltung, während Goebbels die Todesnachricht bekannt gab und in einer wütenden Ansprache, aber verschwommener Form, schon von den zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen sprach. In einem geheimen Bericht stellte das Parteigericht später fest: „Die mündlichen Anweisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nicht nach außen als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten darf, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.“ Hitler hielt sich nach außen aus all dem heraus, aber das Parteigericht bestätigte, daß Goebbels auf Weisung des Führers gehandelt habe.

Konsequenzen des Pogroms

Von München gingen die Weisungen der Politischen Leiter per Telefon an die einzelnen Gaue und von dort weiter nach unten. In dieser Nacht wurden in fast ganz Deutschland Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte und Wohnungen zerstört und geplündert, jüdische Friedhöfe geschändet. Mindestens 91 jüdische Mitbürger wurden ermordet. Das oberste Parteigericht ging danach nur gegen solche Parteigenossen vor, die während des Pogroms Rassenschande verübt oder gegen die „Disziplin“ verstoßen hatten.

Am 10. November verkündete Goebbels das Ende des Pogroms, lobte die Disziplin der Bevölkerung und verteidigte mit dem Hinweis auf die „berechtigte

und verständliche Empörung über den feigen jüdischen Meuchelmord“ die Täter. Die endgültige Antwort werde, so Goebbels weiter, dem Judentum auf dem Wege der Gesetzgebung erteilt.

Am folgenden Tag befahl der Chef der Gestapo die Verhaftung von 20.000 bis 30.000 vermögenden Juden, um sie zur Auswanderung zu zwingen. Auf einer Konferenz am 12. November, die Göring einberufen hatte, wurde den Juden – es waren noch etwa 250.000 in Deutschland – eine Kontribution von 1 Milliarde DM auferlegt, und die eigentlich an die Eigentümer der zerstörten Wohnungen und Geschäfte zu zahlenden Versicherungsleistungen wurden zugunsten des Reiches beschlagnahmt, die jüdischen Eigentümer aber zur Wiederherstellung der Schäden verpflichtet. Ziel auch dieser wirtschaftlichen Maßnahmen blieb es nach einem Wort Heydrichs, die Juden aus Deutschland herauszubekommen. Dabei machte natürlich die Beraubung der Juden deren Auswanderung vielfach unmöglich.

Die Konsequenzen des Pogroms gingen aber noch viel weiter. Während die bis dahin in Kraft getretenen rund 250 Verordnungen und Erlasse den Lebensraum der Juden in Deutschland immer mehr eingengt hatten, wurden sie nun **jedes gesetzlichen Schutzes** und des menschlichen Rechtes auf menschliche Existenz **beraubt**. Der biologische Rassenantisemitismus hatte sich durchgesetzt. Insofern bedeutete der 9. November eine grundsätzliche Zäsur, auch darin, daß das Regime die breite Zustimmung in der Bevölkerung verlor, mit der es bei den vorangegangenen scheinlegalen Maßnahmen hatte rechnen können.

Während der schon erwähnten Konferenz vom 12. November äußerte sich Göring: „Wenn das deutsche Volk in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung mit den Juden zu vollziehen.“ Und auch Hitler drohte vor ausländischen Diplomaten und in einer Reichstagsrede am 30. Januar 1939 mit der Vernichtung des deutschen und europäischen Judentums im Falle eines Krieges.

Betrachtet man den November 1938 im Zusammenhang der Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft, dann wird sichtbar, daß der rassistische Antisemitismus und die Entschlossenheit zur Entfesselung des Krieges in jenen Wochen zusammenflossen. Das soll nun genauer nachgezeichnet werden.

Der Weg zum Pogrom am 9. November 1938

Es ist weder möglich noch nötig, die in den schon genannten etwa 250 Erlassen und Verordnungen sich steigernde Bedrückung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland im Einzelnen nachzuzeichnen. Wichtig aber scheint mir folgendes festzuhalten:

1. Ein kaum noch pathologisch zu erklärender Rassismus zieht sich durch die Äußerungen und Entscheidungen Hitlers von seiner Schrift „Mein Kampf“ mit der ersten Andeutung der Vergasung „jüdischer Volksverderber“ bis zur Verpflichtung der Partei auf die Rassegesetze im Testament, verfaßt kurz vor seinem Tod im Bunker der Reichskanzlei 1945.
2. Nicht zuletzt im Dienst des Rassismus wird vom Frühjahr 1933 an der Rechtsstaat durch den Maßnahmestaat verdrängt, häufig in der Weise, daß die Bürokratie durch Hitler zu entsprechenden Anordnungen durch die Drohung gezwungen wird, im Weigerungsfall werde die Partei die entsprechenden Gesetze erlassen. So geschehen auch beim Erlaß der Nürnberger Rassegesetze während des Reichsparteitages 1935.
3. Die jüdischen Bürgerinnen und Bürger wurden in zunehmenden Maße nicht nur ihrer Bürgerrechte beraubt, sondern auch der allgemeinen Menschenrechte, ja ihnen wurde das Personsein schlechthin abgesprochen. Nicht anders ist es zu bewerten, wenn Eheschließungen zwischen Menschen arischer und jüdischer Abstammung verboten wurden oder wenn ihnen bestimmte, als nordisch verstandene Vornamen verboten, das Führen anderer alttestamentlicher Namen geboten wurde.
4. Daß Juden bei Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht als „wehrunwürdig“ erklärt wurden, sollte nicht nur ausgrenzend wirken, sondern war

angesichts der angesprochenen nationalen Haltung vieler Juden während des 1. Weltkrieges eine schwere Beleidigung. Das Verbot, nicht jüdische weibliche Hausangestellte unter einer bestimmten Altersgrenze zu beschäftigen, stempelte jeden Juden zum potentiellen Vergewaltiger.

5. Alltägliche Schikanen und Diskriminierungen der deutschen Juden wirkten oft demütigender als die gesetzliche und polizeiliche Entrechtung. „Juden ist der Zutritt verboten, Hunde sind an der Leine zu führen“, so stand es vielfach am Eingang von Parkanlagen!

Mit all diesen Maßnahmen waren praktisch alle Berufe für Juden gesperrt, nur im wirtschaftlichen Bereich waren ihnen gewisse Möglichkeiten geblieben. Im Herbst 1937 war Wirtschaftsminister Schacht gestürzt worden, der vornehmlich aus außenwirtschaftlichen Gründen sich einer völligen Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft widersetzt hatte. Jetzt drängten die militanten Antisemiten in der Partei auf eine „Arisierung“ jüdischer Betriebe.

Durch den Pogrom vom November 1938 wurde das ganze Volk durch das Geschehenlassen des Unrechts in eine Haftungsgemeinschaft hineingezwungen. Wahr ist aber auch, daß die Mehrheit der Menschen den Gewaltakten nicht mit Begeisterung zustimmte, aber nicht die Kraft zum entschiedenen Widerstand fand. Aber wie hätte er auch praktisch aussehen können?

Wie konnte das geschehen?

Auf diese Frage wird es wohl nie eine umfassende und allgemein akzeptierte Antwort geben. Jeder Deutsche wird beim Versuch einer Antwort mit innerem Erschrecken spüren, daß ihn in irgendeiner Weise das besonders angeht, was damals in Deutschland geschah. Jeder Nicht-Deutsche wird, wenn er denn ehrlich ist, sich fragen, ob das alles in seinem eigenen Volk nicht geschehen könne.

Vor einem reichlichen Jahrzehnt ging es im sogenannten Historikerstreit um die Frage, ob man den Holocaust mit einem anderen Völkermord in der Geschichte vergleichen dürfe, weil jeder Vergleich die Gefahr in sich berge, die Furchtbarkeit der weitgehenden Vernichtung

des europäischen Judentums zu relativieren und damit zu entschuldigen. Man hat auf die lange Reihe der mittelalterlichen Pogrome hingewiesen, die z.B. mit dem 1. Kreuzzug beginnt und ihre Wurzel in einem verhängnisvollen Mißverständnis bestimmter neutestamentlicher Aussagen hatte. Und ganz gewiß ist es für die evangelischen Christen eine schwere Last, daß Vertreter ihrer Kirche von einem Rassismus ausgingen, der nebenbei die Bedeutung der Taufe völlig verkehrte und sich dabei auf Luther meinte berufen zu können. Das alles ist zu bedenken und enthält auch manches Richtige, solange die einzelne Erklärung nicht verabsolutiert wird.

Ganz inakzeptabel ist auch der Versuch, die gesamte deutsche Geistesgeschichte für den Holocaust in Anspruch zu nehmen, so als führe eine Entwicklungslinie hin nach Auschwitz und auch zum 9. November 1938. Gegen solche Vereinfachung haben sich bis in unsere Tage hinein nicht zuletzt Juden gewehrt, die ja zum großen Teil sehr bewußt in den Traditionen der deutschen Geistesgeschichte gestanden hatten und heute stehen.

Die scheinbare Schlüssigkeit der Herleitung des Rassismus birgt zudem die Gefahr in sich, von der persönlichen Verantwortlichkeit abzulenken, und außerdem erschwert sie es, nach Wegen zu suchen, die Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern. Denn niemals läuft die Geschichte zwangsläufig auf solche Katastrophen hin. Aber Anzeichen für das Heraufziehen des nationalistischen Rassismus hat es gegeben, und man hat sie nicht ernstgenommen. Selbst wenn mehr Menschen in Deutschland solch elende Machwerke wie Hitlers „Mein Kampf“ oder Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ gelesen hätten, daß das alles einmal zum Holocaust führen könnte, hätten sie für unmöglich gehalten. Wir haben keine Entschuldigung mehr, wenn bei uns ähnliche menschenverachtende Thesen vertreten würden.

Weiter: Der 9. November 1938 hat gezeigt, und bis in die Gegenwart hinein wird es immer wieder bestätigt, wozu der Mob der Straße fähig ist, wenn er losgelassen wird. Auch sonst sehr ruhige Bürger können von der Psychose erfaßt werden. Victor Klemperer berichtet im 2. Band seines „Cuniculum vitae“, wie im Juli 1914 in München ein Café von der Menge demon-

liert wurde, weil man den Besitzer für einen Serben hielt, und er erzählt von einem Freund, der die Mißhandlung eines angeblichen russischen Spions schildert mit den Worten, es sei eine Gaudi gewesen. Ist uns das wirklich alles so fremd? Der 9. November 1938 wurde ja nicht deshalb möglich, weil unser Volk ordnungsliebend und staatsreu war, sondern weil das Recht und die das Recht schützende staatliche Ordnung vorher zerstört worden waren mit dem Schein des Rechtes. Ich halte es nicht für ein erfreuliches Zeichen, daß heute die Devise „law and order“ weiterhin negativ besetzt ist.

9. November 1989

Schließlich, und das halte ich für schließlich entscheidend, wir sollten – gerade auch im Blick auf den 9. November 1938 – die absolute Verbindlichkeit des Art. 1 unserer Verfassung uns vergegenwärtigen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So eindeutig der Satz ist, so schwer ist es, ihm gerecht zu werden. Denn auch hier lauert der Konflikt, wie wir bei der Diskussion um den Schutz des ungeborenen Lebens und um die Euthanasie erfahren haben. Der Rassismus der Nationalsozialisten sprach den Juden die Würde ihres Menschseins ab und gab sie der Verfolgung und der Vernichtung preis – in angeblichem Interesse einer höheren Würde eines höherstehenden nordischen Menschen. Wenn uns die Verbindlichkeit des Artikels 1 nicht mehr bremst, dann wären wir der Gefahr eines neuen 9. November 1938 nicht mehr fern.

In der deutschen Geschichte gibt es einen weiteren 9. November, den von 1989. Mir liegt alle Geschichtstheologie fern, sofern es sich um eine politisch relevante Erklärung geschichtlicher Abläufe handelt. Ich weiß sehr wohl, welche Bedingungen gegeben sein mußten, damit die Mauer fallen und unser Land wieder zur Einheit kommen konnte. Aber es ist erlaubt, in dem 9. November 1989 ein Zeichen dafür zu sehen, daß Reichskristallnacht und Auschwitz zwar einen furchtbaren Fall, aber nicht das Ende der deutschen Geschichte bezeichnen. Und der Christ kann, und er darf wohl dabei auf das Verstehen seiner jüdischen Freunde hoffen, im 9. November 1989 ein Zeichen der vergebenden Liebe Gottes sehen. ■

Was „verkauft“ Kirche eigentlich?

Andrea von Parpart

Kirche und Industrie – sind das nicht unvereinbare Gegensätze? In der Industrie gehe es mit harten Bandagen zu, meint man oft bei Kirchens, nur der Erfolg zähle, Ethik und Moral stünden hinten an, und für Schwache sei kein Platz. Nicht weniger kraß sieht man von der Industrie her die Kirche: Das sei ein Sammelbecken für Lebensuntüchtige, die auch sonst in der Welt nicht zurechtkämen. Schwache, Kinder, Frauen und Alte würden dort liebevoll betütelt. Für Familienfeste sei die Kirche ja ganz nett – zumindest in Westdeutschland, im Osten kann man auch auf diesen Service verzichten –, aber ansonsten geschähe dort nichts Weltbewegendes.

Diese Zerrbilder haben fatale Folgen. Warum sitzen in Aufsichtsräten von Unternehmen keine kirchlichen Vertreter, wohl aber Esoterik-Berater? Woher kommt denn die Unterwanderung von manchen Unternehmen durch Scientology? In der Wirtschaft sucht man also sehr wohl nach Werten, Orientierung und Maßstäben für ethisches Handeln. Aber man sucht sie nicht mehr bei der Kirche!

Auf der anderen Seite weigert man sich in kirchlichen Kreisen oft, über Strategien und Methoden nachzudenken. Ich halte es hier mit dem Gleichnis vom Sämann: Er kann den Samen nicht wachsen lassen. Das liegt allein in Gottes Hand. Aber er kann sein Feld bestellen, pflügen, säen, düngen, bewässern und was alles noch dazugehört. Täte er das nicht, wir würden alle verhungern.

Ohne Zweifel: Die Kirche unterscheidet sich in ihrem „Produkt“ von der Wirtschaft. Aber in ihrer Struktur gleicht sie jedem anderen Unternehmen. Dies hat sich bis in die obersten Etagen des kirchlichen Managements inzwischen her-



Die wirtschaftserfahrene Theologin präsentiert im folgenden Gedanken, was die Kirche von der Industrie lernen kann. Motiv ihrer Kritik ist, wie sie selbst sagt, Leiden an ihrer Kirche, aber eben auch die Liebe zur Kirche.

umgesprochen. So nimmt es nicht wunder, daß auch das Unternehmen Kirche die Dienste von Unternehmensberatern in Anspruch nimmt. Die Münchner Kirchenkreise ließen sich sogar von McKinsey beraten, ein Schritt, der nicht wenig Staub aufgewirbelt hat. Wer die McKinsey-Studie zur Kirche in München gelesen hat, weiß, wie schlecht das Unternehmen Kirche funktioniert:

- Wo man hinblickt, herrscht wenig Professionalität: Gemeinden in den neuen Bundesländern haben beispielsweise keine Miet- und Pachtverwalter, das sollen die Pfarrer übernehmen.
- Kalte, baufällige, ungemütliche Kirchen: Fast in jedem Supermarkt gibt es bessere, freundlichere und wärmere Sitzgelegenheiten.
- Versorgungsdenken anstelle missionarischer Strategien: Im Osten versucht man mit Macht, die volkskirchlichen

Strukturen aus dem Westen aufzupropfen. Man vergißt dabei, daß wir als Kirchenmitglieder einen Bevölkerungsanteil zwischen 10 und 15 Prozent haben, also längst die Zahlen einer Freikirche erreicht haben, und belastet sich mit den Leitbildern einer flächen-deckenden Versorgungskirche.

- Schlechte Identifizierung der Mitarbeiter mit dem Arbeitgeber: So beginnt eine Selbstdarstellung der Nordelbischen Kirche mit dem Satz „Wenn ich nicht Pfarrer wäre, würde ich auch nicht jeden Sonntag zum Gottesdienst gehen“. Wenn ich als einstige Opel-Angestellte damals ein anderes Auto als einen Opel gefahren hätte, wäre meine Karriere beendet gewesen.

- Die Bürokratie ufert aus: Ich erinnere mich daran, wie die landeskirchliche Baudezernentin bei einem Besuch zufällig bemerkte, daß wir eine Wand im Pfarrhaus herausgerissen hatten, um unseren Gemeinderaum zu vergrößern. Dies hätte genehmigt werden müssen. Ich möge doch bitte die Kostenvoranschläge nachreichen und um Genehmigung ersuchen. ...

- Es herrscht häufig kein partnerschaftlicher Umgang zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern, sondern streng hierarchisch geprägte Beziehungen: Oft gibt es keine klaren Strukturen gemäß dem Ideal vom „primus inter pares“ (Erster unter Gleichen).

- Keine Vorwärts-, sondern nur Rückwärts-Strategien: Was „verkauft“ Kirche eigentlich? Offensichtlich scheint es sich um einen Ladenhüter zu handeln, denn kaum jemand ist noch bereit, dafür Zeit, geschweige denn Geld zu investieren. Dazu ein kleines Beispiel aus meiner Gemeinde: Ich betreue als Pfarrerin zur Zeit ca. 800 Mitglieder, verteilt auf sieben Dörfer. Es gilt, mit einem regulären Haushalt von 50.000 Mark im Jahr vier verfallene Kirchen und drei renovierungsbedürftige Pfarrhäuser zu unterhalten sowie die gesamte Gemeindegemeinschaft zu bestreiten. Wir haben keine Sekretärin, keinen Küster, niemanden außer der Pfarrerin im hauptamtlichen Dienst.

Anstatt sich von diesem Ballast zu trennen, wird darauf gedrungen, daß möglichst an jedem Ort Gottesdienst sein soll. Ich habe – leider noch wechselnde – Zentralgottesdienste eingeführt. Ein Bus holt die Leute von zu Hause ab. Leider wird dieser Service kaum angenommen. Bis zu Aldi fahren die Leute locker 15 Kilometer. Aber zwei Kilometer bis zur nächsten Kirche sind offenbar zu weit. Anscheinend gibt es dort, im Gegensatz zu Aldi, eben nichts Lebenswichtiges! Und bei Aldi gibt es mehr, Vielfältigeres, nicht nur ein Programm, so wie bei der Kirche. Kein Autohersteller könnte mit einem Nischenprodukt überleben, das nur zwei Prozent seiner Kaufinteressenten erreicht. Kirche leistet sich diesen Luxus Jahr für Jahr. Die Abstimmung ihrer Mitglieder mit den Füßen ist die Antwort.

Vorschläge zur Verbesserung

1. Wir brauchen eine Orientierung am Ziel: Wo wollen wir praktisch und konkret hin? Jede Kirchenleitung, aber auch jeder Kirchenvorstand bzw. jede Gemeinde ist hier gefragt. Ich könnte mir vorstellen, daß auf EKD-Ebene übergeordnete Ziele formuliert werden, die dann nach entsprechender Diskussion auf die einzelnen Landeskirchen und schließlich die Gemeinden übertragen werden. Dabei sollte man sich bewußt machen, daß diese Ziele und Grundsätze nicht für die Ewigkeit bestehen. Sie bedürfen regelmäßiger Kontrolle und Überarbeitung.

2. Wir müssen uns (auch) am „Kunden“ orientieren. In Finnland – und das dürfte bei uns nicht anders sein – gehen laut einer Untersuchung nur zwei Prozent der Kirchenmitglieder zum Gottesdienst. Und die restlichen 98 Prozent kommen nicht wegen dieser zwei Prozent. Sie denken vielmehr über sie: „Die sind zu fromm und langweilig, die mögen alte Kirchenmusik und die verstaubte Sprache und die Liturgie.“ Es gilt also, vom Fernsehen zu lernen und neben traditionellen Gottesdiensten ein zweites und drittes „Programm“ einzuführen.

So sieht z.B. unser „Zweites Programm“ aus: Wir feiern jeden Donnerstagabend einen Gottesdienst, wo man mitein-

ander austauscht, was man erlebt hat, was einem auf dem Herzen liegt, wovon wir beten können. Und genau das tun wir dann. Das besondere an diesem Gottesdienst ist, daß er auch dann stattfindet, wenn ich nicht da bin. Es gibt einen einfachen Ablauf, den jeder Laie nachvollziehen kann. Es scheint sich ein Trend abzuzeichnen, daß vor allem jüngere Menschen den Donnerstag (12 bis 25 Besucher) vorziehen, während die sogenannte Kerngemeinde am Sonntag festhält (im Schnitt gut 20 Besucher). Ein Viertel der Besucher nimmt an beiden Gottesdiensten teil.

3. Die Hauptzielgruppe vor Augen haben! In den letzten Jahrzehnten hat sich Kirche geradezu zerfleddert, indem sie sich mit fast jeder gesellschaftlichen Randgruppe beschäftigte. Darüber hat sie ihre Hauptzielgruppe aus den Augen verloren: die große Gruppe der kirchendistanzierten Bürger. Luther wußte noch, daß seine Zeitgenossen nach dem gnädigen Gott fragten. Kennen wir die Hauptfragen der Menschen heute? Meiner Erfahrung nach stehen die Sinnfrage und die Suche nach religiöser Erfahrung im Vordergrund. Es gilt wieder, Zentren mit geistlicher Ausstrahlung zu schaffen, von denen Menschen sich angezogen fühlen, d.h. zu einer zweiten Komm-Struktur finden. Das kann ein weiter Weg bis dorthin sein, aber wie sagt das Sprichwort: „Wer heute keine Vision hat, hat morgen kein Unternehmen mehr.“

4. Mehr Professionalität pflegen! Machen Sie einmal einen Test: Wie melden sich eigentlich kirchliche Mitarbeiter am Telefon? Da kann man die tollsten Überraschungen erleben. Von einem einfachen „Hallo“ bis zu „Schmidt“ ist alles möglich. Oder Sie hören zwar etwas vom „Pfarramt“, aber wissen nicht, mit wem Sie sprechen. Hier braucht es klare Vorgaben. Bei uns meldet sich das Pfarramt mit: „Evangelisches Pfarramt Latdorf, Andrea von Parpart. Guten Tag.“

EDV: Wir kommen nicht daran vorbei, die modernen Kommunikationstechnologien zu nutzen. Dies muß nicht gleich die Präsentation der Gemeinde im Internet sein (auch wenn da vor allem

Jugendliche außerordentliche Begabungen in der Umsetzung haben!).

Vermögens-, Miet- und Pachtverwaltung: Ich bin als Pfarrerin für die gesamte Miet- und Pachtverwaltung meiner Gemeinden zuständig. Es gibt in meiner Landeskirche keinen Profi dafür (auch nicht im Landeskirchenamt!). Die Anstellung eines Profis unter Umständen von mehreren Kirchen gemeinsam hätte sich sicher schon längst gerechnet.

5. Geistliche Weite und Einbindung der verschiedenen Strömungen. Die evangelische Krankheit heißt Spaltpilz. Konfliktthemen sind z.B.: Sollen wir charismatische Gottesdienste zulassen? Darf es ein Gebet um Heilung geben? Immer wieder entstehen aus einem Streit darum Gemeinden außerhalb der Landeskirche, bzw. freikirchliche Gemeinden spalten sich. Wenn aber eine Gemeinde eigene Ziele und Grundsätze erarbeitet hat, dann hat sie auch die Kriterien an der Hand, um mit andersdenkenden Menschen im Gespräch zu bleiben. Die Kunst heißt: Man ist zwar für alle offen, aber nicht für alles!

6. Mit Konfliktthemen umgehen. Konflikte sollten wir in der Kirche nicht unter den Teppich kehren, sondern austragen. Meist haben wir das nicht gelernt. Und als Christen haben wir noch einmal extra Schwierigkeiten mit diesem Punkt. Jemand beschrieb mir einmal den typischen Christen als „klein, lieb und hinterhältig“. Bei allem Spott: Da ist etwas Wahres dran. Offenheit und das Austragen von Meinungsverschiedenheiten sind nicht unsere Stärke. „Bei der Kirche streitet man nicht“, heißt es. In der Industrie gibt es sehr gute Seminare darüber, wie man Konflikte löst. Warum holen wir uns nicht dort Hilfe?

7. Weg vom Versorgungsdenken, hin zu missionarischen Strategien! Wenn heute in der Landeskirche jemand seine örtliche Gemeinde wechseln will, muß er sich extra „umpfarrten“ lassen. Da er das scheut, bleibt er oft ganz weg. Deshalb brauchen wir offene Gemeindegrenzen, die das „Umgemeinden“ von Kirchenmitgliedern schneller ermöglichen. Wir sind ja längst auf dem Weg von der Ortsgemeinde zur Personalge-

meinde. Bereits in wenigen Jahren wird es – zumindest in den neuen Bundesländern – auf der kirchlichen Landkarte weiße Flecken geben. Schon jetzt habe ich vier Gemeinden und es ist abzu-sehen, daß weitere hinzukommen werden. Irgendwann wird man nicht weiter zusammenfassen können.

Es wird Orte ohne Gottesdienste geben. Dennoch hält man bisher an einem flächendeckenden Versorgungsdenken fest, was nur zu einer Überlastung der Pfarrer führt. Hier muß völlig umgedacht werden. Vor allem auf dem Land wird man sich von den traditionellen Gemeinden verabschieden müssen! Es gilt, statt dessen „Missionsstationen“ zu errichten, Zentren mit geistlicher Ausstrahlung. Gottesdienste werden dann nur an zentralen Orten angeboten. In den Städten mag das noch anders aussehen. Da wird die Entwicklung sicherlich mehr hin zu „Richtungsgemeinden“ gehen, d.h. man orientiert sich zu der Gemeinde mit dem Profil, das einen am meisten anspricht.

8. Die Ausbildung der Pfarrer ändern. Wer nach seinem Studium in einem Industrieunternehmen anfängt, ist in der Regel erst einmal Sachbearbeiter. All das, was er für seinen Beruf braucht, erwirbt er sich als Training bei der Arbeit. Lebenslanges Lernen heißt das Motto. Es gibt einen deutlichen Trend zur Zweit- und Drittausbildung. Und Führungskraft wird man erst nach ein paar Jahren. Regelmäßige Beurteilungen sind eine Selbstverständlichkeit. Eine zweite, möglichst praktische Berufsausbildung würde dem Theologienachwuchs helfen, nötigenfalls auch auf eigenen Füßen zu stehen. Es würde ihn befähigen, „in der Welt“ zu bleiben. Und wer weiß: Vielleicht zwingt die Kirchen die finanzielle Situation eines Tages, Pfarrer anzustellen, die in anderen Berufen ihren Lebensunterhalt verdienen und nebenberuflich in der Gemeinde arbeiten (Zeltmacher-Prinzip)? In den östlichen Landeskirchen wird darüber bereits laut nachgedacht.

9. Externe Berater. Niemand ist gefeit vor Betriebsblindheit. In der Industrie ist es daher üblich, externe Berater zu beschäftigen, um die Sicht von außen in den Betrieb hineinzutragen. Selbstver-

ständig stehen auch die Landeskirchen sowie die einzelnen Gemeinden in Gefahr, einer gewissen Betriebsblindheit zu erliegen. Deshalb habe ich Bekannte gebeten, meine Arbeit kritisch zu begleiten. Und ich bin überzeugt, es ist nicht mit einer einmaligen Beratung getan, wie sie McKinsey in München durchgeführt hat. Wir alle leben in Prozessen kontinuierlicher Veränderung. Hoffentlich haben wir unsere Probleme von heute morgen gelöst. Aber dann werden wir neue haben. Beratung ist also eine längerfristige Begleitung, auf die sich beide Seiten einlassen.

Ein letzter Gedanke: „Gott läßt seine Kirchen nicht sterben“ wird immer wieder behauptet. Ich bin mir da nicht so sicher. Christen wird es hoffentlich ge-

ben, solange diese Erde steht. Aber in welchen Organisationsformen sie leben werden – ob als Landes- oder Freikirche – wer weiß? Mut macht mir die Tatsache, daß die Kirche seit bald 2.000 Jahren existiert – trotz ihrer Schwächen und Fehler. Gott vermag also auch auf krummen Linien gerade zu schreiben. ■

Anm.:

Andrea von Parpart (45) absolvierte nach der theologischen Ausbildung eine Kfz-Lehre und war nach der Meisterschule im Management von Opel tätig. Heute arbeitet sie hauptberuflich als Pfarrerin der Kirchengemeinde Latdorf bei Bernburg (Evangelische Landeskirche Anhalts) und führt nebenbei eine kleine Unternehmensberatung.

Anfragen an die Diakonie auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Martin Honecker

Am Ende des 20. Jahrhunderts steht die Diakonie vor neuen Herausforderungen. Will man diese Herausforderungen schematisch kennzeichnen, so wäre heute von drei Phasen mit den Ziffern Wichern I, Wichern II, Wichern III zu sprechen. J. H. Wichern (1808 - 1891) hat 1848 in Wittenberg mit seiner Rede auf dem Kirchentag den Anstoß zur Gründung der Inneren Mission gegeben. Die Innere Mission als Tat der „rettenden Liebe“ wurde vereinsmäßig organisiert. Sie verstand sich als „freie Liebesarbeit des heilerfüllten Volkes zur Verwirklichung der christlichen und sozialen Wiedergeburt des heillosen Volkes“.

Wichern I meint exemplarisch die unmittelbare personale Hilfe freier Initiativen. Der bei Wichern selbst gelegentlich auftauchende Gedanke einer „Assoziation der Hilfsbedürftigen selbst“ ist von Eugen Gerstenmaier (1906 - 1986) nach dem 2. Weltkrieg bei der Gründung des Evangelischen Hilfswerks aufgenommen worden. Wichern II

will Wicherns Gedanken der „rettenden Liebe“ zur „gestaltenden Liebe“ hin fortentwickeln. Es entstand unter der Programmformel „Kirche in Aktion“ eine organisierte Hilfe in großem Stil. Eine Nebenfolge der organisierten Hilfe ist nicht nur eine Ausweitung der Aktivitäten und eine Institutionalisierung der Diakonie gewesen, sondern zugleich die Entstehung einer diakonischen Sonderwelt, sowohl innerhalb der Gesellschaft, wie neben und unabhängig von Ortsgemeinden und Landeskirchen.

Zum Profil der Diakonie

Diese Form der Diakonie ist heute in der **Krise**. Es sind äußere und innere Gründe dafür ursächlich: Die Notwendigkeit der Umstrukturierung des Gesundheits- und Pflegewesens, Grenzen der Finanzierbarkeit, Sparzwänge, **Konkurrenz auf dem Markt** der sozialen und pflegerischen Dienstleistungen üben von außen her Druck aus. Grenzen der Systemwirklichkeit des Sozialstaates und staatlich regulierter Sozialgesetzgebung sind evident. Von innen her stellt sich die

Frage nach dem eigenen Profil der Diakonie als christlichem Handeln. Wichern III hat das **Verhältnis zwischen sozialstaatlicher Expertenkultur und Professionalität** einerseits, den freiwilligen Initiativen **und dem ehrenamtlichen Engagement** von Christen zu klären und neuzubestimmen. Für diese Klärung kann ein Rückblick auf die Vielfalt des Verständnisses von Diakonie und unterschiedliche historische Gestaltungen hilfreich sein.

Was heißt Diakonie?

Das Wort „Diakonie“, dessen katholisches Äquivalent „Caritas“ ist, bezeichnet ein soziales Handeln, das aus christlichem Glauben gespeist wird. Einmal bezeichnet Diakonie jede Form der Liebestätigkeit und sozialen Engagements. Diakonie geschieht in diesem Fall spontan, unmittelbar in der Zuwendung von Mensch zu Mensch (verwiesen sei auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter Lukas 10 und Mth. 25). Im Blick auf spontanes Handeln ist es nicht sinnvoll und notwendig, von formulierten Standards zu sprechen und solche festzulegen. Für das Almosengeben und unmittelbare Hilfeleistung gibt es keine faßbaren, festgelegten Standards. Entscheidend und maßgeblich ist allein die Notlage und das Bedürfnis.

Nun kann man über diese aktuelle und situationsbedingte diakonische Hilfe hinaus diese Hilfe auf Dauer stellen, indem man Gruppen bildet, die sich z.B. vereinsmäßig zusammenschließen. Vereinsmäßig organisierten die Diakonie im 19. Jahrhundert Johann Hinrich Wichern, Theodor Fliedner und Wilhelm Löhe. Wichern wollte durch seine Bewegung und Aktivitäten die offiziellen Landeskirchen an ihren Auftrag erinnern, zu dem nicht nur die Verkündigung des Glaubens, sondern auch die Liebe zu den Elenden gehöre. Schon die Alte Kirche wurde nach der konstantinischen Wende mit diesem Problem konfrontiert. Berühmt wurde die durch Basilius d.G. (+ 375) gestiftete Armen- und Krankensiedlung „Basilius“ in Caesarea (Kappadozien). Diese „neue Stadt, die Vorratskammer der Frömmigkeit“ bildete eine umfassende Kolonie für Fremde, Arme, Leprakranke. Sie unterstand einem eigenen Bischof.

Wir haben also schon in der Alten Kirche die Anfänge einer Anstaltsdiakonie. Klöster, Hospize, Hospitäler widmeten sich organisierter Diakonie. Im Blick auf diese Anfänge hat man bemerkt: es „entstand das Spital, als die Liebe erstarb“. Diese Feststellung ist freilich zweideutig. Gewiß kann eine diakonische Einrichtung, eine Anstalt, Ersatz für die fehlende Liebe der Nächsten sein. Aber man kann Massenelend und besonderen Notlagen dennoch nicht begegnen ohne solche Einrichtungen.



Diakonie im Sozialstaat

Mit den Anfängen der Anstaltsdiakonie bricht erneut auch die Frage der Zuordnung von Ortsgemeinde, Lokalgemeinde und Anstaltsgemeinde auf. Sie wird heute noch gelegentlich unter der schiefer Alternative Gemeindediakonie oder Anstaltsdiakonie erörtert und aufgegriffen. Man braucht beides, und die Aufgabe ist die einer sachgerechten Zuordnung. Damit tritt erst nach der persönlichen, individuellen Liebestätigkeit und nach dem freiwilligen Zusammenschluß zu diakonischen Handlungsgruppen (z.B. in der Ortsgemeinde) das eigentliche Thema **Diakonie im Sozialstaat** in Blick.

Für die Reformation war Anstaltsdiakonie kein Thema, vor allem nicht für die lutherische Reformation. Sie hob zwar die Klöster auf, bekämpfte den Bettel und vertrat ein neues Arbeitsethos. Die Versorgung der Armen war aber ihrer Sicht nach Sache der weltlichen Obrigkeit, des gemeinen Kastens. Die refor-

matorische Auffassung tendiert damit eher mehr zum obrigkeitlich verwaltenen Sozialstaat als zur kirchlichen Diakonie. Erst nach der Notzeit des Dreißigjährigen Krieges kommt für Aufklärung und Pietismus die Diakonie als gesellschaftliche Aufgabe wieder in Sicht. Philanthropisch-bürgerlich motiviertes Eintreten für Humanität und pietistische Reform der Lebensverhältnisse berühren sich dabei. August Hermann Francke gründete aufgrund solcher Reformgedanken, „die eine Umgestaltung der gesamten Lebensverhältnisse herbeiführen“ wollen, in Glaucha bei Halle seine Armenschule 1696. Aus der Armenschule entstand ein vielfach verflochtener Organismus von Erziehungsanstalten und Wirtschaftsbetrieben

Subsidiaritätsprinzip

Neben Franckes Anstaltsdiakonie ist das andere Modell der Herrnhuter Brüdergemeine zu nennen. Für das 19. Jahrhundert sind beispielsweise zu erwähnen die „Rettungshäuser“, die Kaiserwerther Mutterhausdiakonie, das „Rauhe Haus“ in Hamburg, die Etablierung von Diakonissenhäusern und einer Diakonenausbildung. Die freien Initiativen, die Vereine treten dadurch neben die obrigkeitliche Verwaltung des Elends, ergänzen diese, ja sie werden dort tätig, wo die staatliche Fürsorge ausbleibt oder versagt. Außerdem werden die Anstalten mit der Expansion ihrer Tätigkeit zu wirtschaftlichen Unternehmen. Sie werden auch Teil des Sozialstaates. Aus der freien gesellschaftlichen, christlich motivierten Diakonie wird die im Sozialstaat organisierte kirchliche Einrichtung.

Diakonie, die vom konkreten Menschen und seinen sozialen Nöten ausgeht, ist eingebunden in eine Rechts- und Finanzordnung. Deshalb geht der freiheitliche, soziale Rechtsstaat aus vom Bürger, der ein Recht auf Hilfe hat, ein Recht auf Erziehung, Gesundheitshilfe, Altersvorsorge usw. Das Wahlrecht beim Anspruch auf Hilfe ist Grundlage der staatlichen Jugend- und Sozialhilfegesetzgebung (seit 1968). Es entspricht dem „Subsidiaritätsprinzip“. Der Staat läßt **Raum für die Aktivität der freien Träger**. Er will auch Eigenverantwort-

Leitbild Diakonie – damit Leben gelingt!

Wir orientieren unser Handeln an der Bibel.

Wir nehmen den einzelnen Menschen war. Darin sehen wir unseren Auftrag in der Nachfolge Jesu. Wir schauen Not, Leid und Schwäche als Teil des Lebens ins Gesicht. Wir wenden uns nicht ab, sondern lassen uns anrühren. Dazu befähigen uns das Leiden und Sterben Jesu am Kreuz. Seine Auferstehung schenkt uns den Glauben an die Überwindung des Todes. Aus dieser Hoffnung handeln wir, auch in Krisen, die uns mitten im Leben begegnen. Durch den Heiligen Geist ist sie in uns lebendig.

Unser Glaube spricht durch Taten. Er zeigt sich in der Art, wie wir tun, was wir tun. Wir geben weiter, was wir von Gott empfangen. Es ist das Besondere christlicher Auferstehungshoffnung, Bruchstückhaftigkeit als Teil und Kennzeichen menschlichen Lebens anzunehmen. Wir leben in der Gewißheit, daß Gottes Wort uns mit der Hoffnung auf Überwindung allen Leides und des Todes dann aufrichtet, wenn wir am Ende sind.

Wir achten die Würde jedes Menschen.

Die Bibel nennt den Menschen, Mann und Frau, das „Ebenbild Gottes“. Gott will und liebt jeden Menschen, unabhängig davon, was er ist und was er kann. Er nimmt ihn an – auch im Scheitern und in der Schuld. Daran richten wir unser Handeln aus. Wir treten besonders für Menschen ein, deren Würde mißachtet wird.

Gott traut uns zu, solidarisch zu handeln, das Recht der Schwachen und Fremden zu achten und jedem Gerechtigkeit zu kommen zu lassen. Dies gibt uns Kraft, den Menschen vorbehaltlos anzunehmen. Diakonisches Handeln fragt nicht nur nach dem, was der Mensch braucht, sondern auch nach dem, was er will. Menschen können zwar würdelos handeln, aber dennoch ihr Würde nicht verlieren, weil Gott in Jesus Christus den Menschen auch in seinem tiefsten Scheitern angenommen hat. Diese Überzeugung verpflichtet uns im diakonischen Handeln. Zur Würde des Menschen gehört, daß Anfang, Mitte und Ende des Lebens in Gottes Hand liegen. Die Einsicht in Versagen und Schuld der Vergangenheit schärft das Gewissen.

(aus: »Herz und Mund und Tat und Leben«, Anhang)

tung und Eigeninitiative nicht verdrängen und unterbinden. Familie, Nachbarschaft, Gruppe und Kirchengemeinde sollen weiterhin tätig sein können. Deshalb wird der „Vorrang“ der freien Initiativen rechtlich gesichert und ihnen ein Anspruch auf Finanzierung zuerkannt. Zugleich erfolgt jedoch eine Ausdehnung der diakonischen Tätigkeiten.

Das Diakonische Werk der EKD hat hunderttausende festangestellte Mitarbeiter, ist ein wirtschaftlicher Faktor und faßt ca. 21.000 Einrichtungen evangelischer Diakonie zusammen (als eigene Rechtsträger). Es betreibt Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Heimerziehung, Altenheime und Altenhilfe, Kindergärten und Kindertagesstätten, Gemeindestationen, Beratungsdienste, Betreuungseinrichtungen, Tagesstätten, Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsstätten. Außerdem ist die Diakonie im Entwicklungsdienst tätig („Brot für die Welt“).

Genau aus dieser Ausdehnung der Diakonie ergeben sich heute freilich besondere und strittige Grundfragen. Ich nenne nur einige Themen: Kann man das Liebeshandeln von Christen operationalisieren? Im Blick auf Diakonie ist dabei zu differenzieren. Das persönliche Engagement der Nächstenliebe behält sein Recht. Auch freie Gruppenbildung, neu sich bildende soziale Bewegungen, Selbsthilfegruppen, freie Initiativen haben ihre Bedeutung.

Frage nach der christlichen Identität

Man braucht solche innovative Anstöße und muß versuchen, neue Wege zu finden. Ein historischer Rückblick zeigt zudem, daß auch die Anstaltsdiakonie selbst mannigfache Veränderungen erfahren hat. Die traditionelle Gestalt der Anstaltsdiakonie des 19. Jahrhunderts kann nicht das Richtmaß sein. Aber es geht auch nicht ohne Anstaltsdiakonie. Sie ist freilich heute besonders in die Krise des Sozialstaates hineingezogen. Der deutsche Sozialstaat ist unbeweglich, bürokratisch, undurchschaubar – wie ein Dschungel – geworden. Er stößt an seine Grenzen. Der Sozialstaat bedarf der Reformen,

zumal im Horizont von Europa und der Globalisierung. Die Diakonie als Teil des Sozialstaates ist davon betroffen und hat diese Lage ihrerseits zu bedenken.

Außerdem stellt sich bei einem Großunternehmen wie der Diakonie die Frage nach der Identität, insbesondere der christlichen, der evangelischen Identität. Die Frage nach der Identität ist nicht dadurch zu beantworten, daß man die Vielfalt diakonischer Aktivitäten und Arbeitsformen in eine einheitliche Uniform zwingt. Eine Verschiedenheit der Handlungsformen ist nicht zu umgehen. Die Diakonie ist in sich pluralistisch. Der Pluralismus enthält nicht nur die Versuchung und Gefahr der Unverbindlichkeit und Beliebigkeit, sondern er eröffnet auch Chancen der Innovation und von Experimenten mit neuen Arbeitsformen.

Die Diakonie kann auch nicht einen Frömmigkeitsstil, eine theologische Überzeugung normativ festlegen. Sie muß auch in den Glaubens- und Lebensäußerungen dem Pluralismus Raum geben. Das Eigenschaftswort „evangelisch“ kann nur bedeuten, was mit dem Evangelium vereinbar ist, aber meint nicht die Aufrichtung des Evangeliums als Gesetz. Wohl aber enthält das Prädikat „evangelisch“ eine Anfrage an das Selbstverständnis der Diakonie.

„Unternehmensziel“ überprüfen

Wodurch unterscheidet sich evangelische Diakonie von anderen sozialen Einrichtungen und konkurrierenden Hilfsangeboten und Wohlfahrtsunternehmen? Die allgemeinen Standards gelten für alle, also z.B. sozialstaatliche Vorgaben, rechtliche Normen, finanzielle Regelungen, Qualitätsanforderungen. Evangelisch ist zunächst einmal eine Frage nach der Auswahl, der Ausbildung und der persönlichen Orientierung der Mitarbeiter. Diakonie lebt vom Engagement der in ihr und für sie Tätigen. Sodann müssen diakonische Einrichtungen immer wieder ihre Aufgabe, ihr „Unternehmensziel“ überprüfen und sich selbst vergegenwärtigen. In welcher Hinsicht und warum will man selbst diakonisch tätig sein?

Neben beruflichem Fachwissen ist in der Weiterbildung immer wieder das diakonische Ziel und die persönliche Identifikation der Mitarbeiter anzusprechen und gemeinsam zu diskutieren. Und schließlich macht sich durchaus immer wieder bemerkbar, welcher „Geist“ in einer diakonischen Einrichtung herrscht: Ist dies im Geist der Ängstlichkeit, der Resignation, des Trottes der Gewohnheit oder ist es ein Geist der Freiheit, der Zuversicht und der Bereitschaft, Neues zu wagen? Allein schon die Art, wie man miteinander redet, zusammenarbeitet, professionell hilft, auch die Art, wie man mit Mißlingen und Enttäuschungen umgeht, kann ein Zeugnis des Glaubens und Ausdruck des Vertrauens auf das Evangelium sein.

In der Diakonie braucht es nicht nur den kühlen, kalkulierenden Kopf, den Verstand, sondern auch das warme Herz, die Kraft der Liebe. Der Überschuß des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung macht evangelische Diakonie zu mehr als eine Veranstaltung sozialstaatlich organisierter Hilfe. ■

Anm.:

Dr. Martin Honecker ist Professor für Systematische Theologie und Sozialethik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

Der EAK-Karlsruhe lädt ein:

5. Diskussionsrunde: „Politik und Kirche im Dialog“

Freitag, 4.12.1998, 19 Uhr

Kolpinghaus, Karlstr. 115,
76137 Karlsruhe

„Ehrenamt – viel Amt, wenig Ehre?“

mit: **Klaus Riegert**, MdB
Vorsitzender des
Arbeitskreises Ehrenamt
Peter Speckert
Präsident des
Badischen Sportbundes, u.a.

Kirchen erhalten und nutzen – ein Bericht aus der Thüringer Landeskirche

Bernd Rüttinger

Über die herausragende Bedeutung der stadt- und dorfbildprägenden Kirchen ist auch in diesem Heft schon geschrieben worden. Um so bedauerlicher ist es, meist vor verschlossenen Kirchentüren zu stehen, wenn man durch das Thüringer Land reist. Verschlossene Türen sagen allerdings wenig über den baulichen Zustand aus.

Im Bereich der Evang.-Luth. Landeskirche Thüringens stehen 1550 Kirchen und Kapellen. Über 700 Pfarrhäuser, weitere Gemeindehäuser und andere Gebäude gehören zum Baubestand der Thüringer Landeskirche. Viele der Kirchen besitzen eine sehr reiche kunstvolle Ausstattung. In fast allen Kirchen befindet sich eine Orgel. Die meisten Kirchen der Thüringer Landeskirche stehen in kleinen Dörfern. Oftmals haben diese Dörfer weniger als 100 Einwohner, aber eine Kirche. Diesen kleinen Kirchgemeinden fällt es naturgemäß sehr schwer, ihre Kirche zu erhalten.

Das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege hat laut Aussage von Herrn Landeskonservator Professor Zießler seit der Währungsunion bis 1997 74 Mio. DM zu dem Erhalt von Kirchen in ganz Thüringen beigesteuert. Die Thüringer Landeskirche hat im gleichen Zeitraum aus ihrem Investitionshaushalt 97,3 Mio. DM für die Sanierung der Kirchen, Pfarrhäuser, Orgeln und Restaurierung des Kunstgutes ausgegeben. In diesen Mitteln der Landeskirche sind nicht die Eigenmittel der Kirchgemeinden sowie andere Fördermittel, z. B. aus Beteiligungen der politischen Gemeinden, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Städtebauförderung, Dorferneuerungsprogramm, Deutsche Bundesstiftung Umwelt etc. enthalten.

Erfahrungsgemäß ist es so, daß zu jeder DM, die der Staat als Fördermittel gibt, 6,00 DM von privater Seite dazukom-

men. Dies bedeutet einen enormen Mobilisierungseffekt der staatlichen Fördermittel. An diesen wenigen Zahlen läßt sich erkennen, welche Bedeutung diese Mittel zur **Sicherung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe**, bei Restauratoren, Orgelbauern und Kirchenmalern beitragen. Eine Untersuchung des Bundesbauministers für die östlichen Bundesländer besagt, daß jede 10 000,- DM Bundesförderung einen Arbeitsplatz sichern.

Staatliche Förderung ist Wirtschaftsfaktor

Die staatliche Förderung in der Denkmalpflege ist somit ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Die staatlichen Fördermittel, wie Mittel des Landesdenkmalamtes, Mittel aus der Städtebauförderung und anderen Förderprogrammen, haben sich in den letzten Jahren stetig **verringert**. Seit über einem Jahr gibt das Thüringer Land auch keine Fördermittel aus dem Dorferneuerungsprogramm für Kirchen aus. Die Begründung lautet: Da die Denkmalpflege Kirchen fördere, könne keine Förderung durch die Dorferneuerung möglich sein.

Die Thüringer Landeskirche hat offensichtlich nach der Wende über ihre Verhältnisse gelebt und muß nun ein **Sparprogramm** auflegen. Die Folge ist, daß die zentral verteilten Baumittel für die Kirchensanierungen sich um 60 % verringern. Diese starke Einsparung der landeskirchlichen Baumittel hat dazu geführt, daß bei einzelnen Projekten staatliche Fördermittel zurückgegeben werden mußten, da die Kirchgemeinden keine Komplementärmittel aufbringen konnten. Betroffen sind davon meist die kleinen Kirchgemeinden, welche dringend auf Förderung sowohl der Landeskirche als auch des Landes angewiesen sind. Der **Wegfall** z. B. **des Dorferneuerungsprogramms** für

Kirchensanierung in Thüringen führt dazu, daß manche Dorfkirche nicht mehr saniert werden kann.

Keine „Exquisitsanierung“

In der Thüringer Landeskirche sind immer noch ca. 80 Kirchen nicht benutzbar. Das bedeutet, sie stehen leer und sind zum Teil baupolizeilich gesperrt. Die knapper werden – den Mittel können zum unwiederbringlichen Verlust einzelner Kirchen führen. Die Baureferenten der Thüringer Landeskirche sind sich einig, daß **keine Exquisitsanierung** angestrebt wird. D. h. nicht alles, was möglich ist, zu sanieren, sondern nur das, was nötig ist. Maximalkonzepte zur Sanierung und Restaurierung sind mit sehr hohen Kosten verbunden, aber nach unserer Meinung nicht erforderlich. Erforderlich sind die Erhaltung und damit **Nutzungsmöglichkeit der Kirchen**. Es könnte auch notwendig werden, die denkmalpflegerischen Zielvorstellungen zurückzunehmen.

Um Kirchensanierungen maßvoll und behutsam durchzuführen, benötigen wir dringend den unabhängigen Fachverstand der Baureferenten der Thüringer Landeskirche.

Kürzungen der Mittel sowohl staatlicher als auch kirchlicher Mittel lähmt die Aktivitäten der Kirchengemeinden. Dies möchte ich an einem Beispiel exemplarisch schildern: Die kleine **Dorfkirche in Hengelbach** (unweit von Paulinzella) ist in den letzten Jahren mit viel Mühe der Kirchengemeinde erhalten worden. Der verschwammte Dachstuhl wurde saniert, und der Turm ist neu beschiefert. Nun sind die Mittel zusammengetragen, um in diesem Jahr die zweite Dachhälfte neu zu beschiefeln. Damit kann ihr Erhalt gesichert werden. Im Innenraum ist nur noch der Kanzelaltar erhalten. Emporen und Gestühl sind nicht mehr vorhanden. Aber es ist kein Geld dafür vorhanden, die Kirche im Inneren zu sanieren. Ihr drohender Verfall konnte zwar aufgehalten werden, doch sie blieb unbenutzbar. Welche Zukunft soll sie haben?

Die fehlenden finanziellen Mittel sind der Grund, daß diese Kirche nicht wieder ihrer ursprünglichen gottesdienstlichen Bestimmung zugeführt werden kann. Eine schöne dorf- und landschaftsprägende Kirche reicht nicht. Kirchen müssen auch für Nichtchristen offen sein, nicht nur am Sonntagmorgen zum Gottesdienst. Eine offene Kirche kann etwas von ihrer ursprünglichen Bestimmung vermitteln. Sie ist ein Ort der Stille und Besinnung. ■

Das Spendensonderkonto Kirchengemeinde Hengelbach:

Kirchengemeinde Hengelbach
Konto-Nr.: 224 154
Bankleitzahl: 820 641 28
Raiffeisenbank in Arnstadt



Dorfkirche Hengelbach, zur Zeit nicht benutzbar.

Ehlers' „ideologische Offensive“: Ein deutschlandpolitischer Vorstoß 1952

Dr. Andreas Meier

„Wir sind doch Brüder“, lautete die Losung des zweiten Kirchentages im Juli 1951.

Auf Bitten „maßgeblicher Persönlichkeiten aus der Kirche von Berlin und den östlichen Landeskirchen“ (Reinhold Thadden-Trieglaff) fand er nicht, wie geplant, in Stuttgart, sondern in Groß-Berlin statt.

Die Verlegung machte den Kirchentag in Bonn zur Kabinettsache. Eine Beteiligung frei gewählter Bonner Minister an der Eröffnungsfeier in der östlichen Marienkirche kam nicht infrage, weil die teilnehmenden eingesetzten Mitglieder der DDR- Regierung den Bonner Gästen protokollarisch gleich – und als Gastgeber vorgeordnet worden wären.

Hermann Ehlers, von Beruf Oberkirchenrat in Oldenburg und von 1950 bis zu seinem Tod 1954 Bundestagspräsident, nahm an der Eröffnungs-

veranstaltung teil, ohne protokollarisch durch die anwesenden DDR-Politiker kompromittiert zu sein. „Dadurch, daß ich mit Wilhelm Pieck (dem Präsidenten der DDR) zusammen in der Marienkirche gewesen bin, habe ich weder ihn noch das Regime anerkannt“, stellte Ehlers im Nachhinein fest. In der Diskussion über „Zwei Herren Knecht“ vier Tage später in einem östlichen Stadion bedauerte er: „Ich wünschte mir, es wären mehr verantwortliche Leute aus dem Westen hier, um das zu hören.“

Mittel der Verhandlung

Der Kampf gegen das den Ostdeutschen aufgezwungene SED-Regime der DDR war wichtiges politisches Ziel des in Berlin geborenen CDU-Abgeordneten. Durch regelmäßige Besuche der Ostzone kannte er die Nöte Ostdeutscher besser als die meisten Bonner Politiker. Am 8. November 1953 er-

klärte er anlässlich eines Treffens eines Komitees „Christliche Verantwortung für europäische Zusammenarbeit“ in London im BBC: „Innere und äußere Abwehrhaltung gegenüber dem Kommunismus“ reichten unbesehen als Grundlage für europäische Zusammenarbeit nicht aus. „In ganz Deutschland sind **Freiheit und Gerechtigkeit zur Wirkung zu bringen** – nicht mit dem Mittel der Gewalt. Man dient der Freiheit mit dem Mittel der Verhandlung.“

Zur Verblüffung aller Beobachter und zum Ärger der SPD demonstrierte Ehlers, der im Juni 1952 den **Evangelischen Arbeitskreis** der CDU hatte gründen lassen, im September 1952, wie ohne jede Anerkennung des DDR-Regimes auf dessen Propagandagesänge mit einem vernünftigen westlichen Gegencoup reagiert werden kann. Einmal blieb nicht der Ruf an der Bundesrepublik hängen, östliche Initiativen kategorisch abzulehnen, ohne daß eine Position der Westpolitik aufgegeben worden wäre. „Wir sind doch Brüder“, sollte insbesondere für die rechtlosen Ostdeutschen mitklingen.

Entschluß zur Entgegennahme des Schreibens

Die DDR-Regierung verfolgte in diesen frühen Jahren lautstark das Ziel, eine Einheit Deutschlands herbeizuführen – nach sowjetischen Vorgaben, versteht sich. Es sollte verhindert werden, daß sich die Bundesrepublik und die westlichen Demokratien verbinden. Da in Bonn dergleichen Vorstöße von der Bundesregierung distanziert abgelehnt wurden, versuchte die SED-DDR, sich parlamentarisch im Kampf um die deutsche Einheit Gehör zu verschaffen. Am 5. September 1952 billigte die Volkskammer der DDR – wie in diesem manipuliert zusammengesetzten Parlament üblich – einstimmig eine von der SED formulierte **Botschaft an den Deutschen Bundestag**, um ihn für den östlichen Vorschlag zu gewinnen, daß Beauftragte beider deutscher Regierungen an den Viermächteverhandlungen über die Zukunft Deutschlands teilnehmen sollten.

Das Präsidium des Bundestags beschloß unter Leitung Hermann Ehlers', „die mit der Übermittlung des Schreibens beauftragten Herren zur Entgegennahme des Schreibens zu empfangen“, wie Ehlers dem Präsidenten der Volkskammer, seinem VSt-Verbindungsbruder Johannes Dieckmann, kurz und ohne Anrede telegraphierte. Die **Entgegennahme des Schreibens**, die dessen Inhalt überhaupt nicht betraf und beurteilte, wurde von vielen **Christen in Deutschland begrüßt**. Der Berliner Generalsuperintendent Jacobi schrieb Ehlers, daß „ein regelmäßiges



Hermann Ehlers (1904-1954)
1. Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

eintöniges 'Nein' (von der westlichen Seite) auf die Bewohner der DDR eine Schockwirkung ausübt und das Gefühl der Verlassenheit und Ausweglosigkeit steigert.“

Genau das wollte Ehlers verhindern, der dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Dibelius, am 10. September schrieb, daß er sich „von solchen Debatten und Empfängen nichts verspreche. Aber wir sollten jedenfalls nicht den Eindruck erwecken, als ob wir nicht bereit wären, auch das Letzte zu tun, um zu einem positiven Ergebnis zu helfen.“

Der Vorstand der CDU-Bundestagsfraktion billigte gegen Vorbehalte

Adenauers am 16. September „die Haltung des Präsidenten in jeder Hinsicht.“ Die SPD piffte hingegen ihren Vizepräsidenten Carlo Schmid zurück: „Entgegen meiner ursprünglichen Absicht“ könne er an dem Empfang nicht teilnehmen, schrieb Schmid Ehlers am 13. September. Denn dies könne „als Abweichung meiner die Anbahnung sogenannter gesamtdeutscher Gespräche mit den Machthabern der Sowjetzone“ mißdeutet werden.

Auf Trennung der Gewalten verwiesen

Am 19. September empfing Ehlers in Begleitung seines persönlichen Referenten und eines Stenographen in der Bibliothek des Bundestages die fünfköpfige Delegation zur Entgegennahme des Briefes, in eisig distanzierter Höflichkeit. Nachdem der Delegationsleiter, Hermann Matern (SED) den Brief verlesen hatte, teilte Ehlers mit, er gebe den Brief gerne den Abgeordneten weiter; wegen einer vierzehntägigen Sitzungspause des Bundestages sei es sinnlos, daß die Delegation, die in Remagen wohnte, eine Antwort abwarte.

Ob und wie Abgeordnete antworteten, sei deren Sache: Verhandlungen zwischen zwei Ländern seien indes Sache der Regierungen und nicht der Parlamente, betonte Ehlers, der auf die in freiheitlichen Demokratien gängige **Trennung der Gewalten** verwies. Er nahm die Worte Materns auf und betonte, den Wunsch nach Friede und Freiheit habe jeder Bundestagsabgeordnete. Nur verbände sich Materns Aussage schlecht mit den grausamen Haftbedingungen im Zuchthaus Waldheim. Und den Leiter des „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen“ Linse nannte Ehlers auch. Denn dieser war im Juli 1952 von gedungenen Kriminellen nach Ost-Berlin entführt worden. Nach 18 Minuten war die Briefübergabe vorbei. An einer von Ehlers anberaumten Pressekonferenz nahmen die Ostdeutschen nicht teil. Sie seien zu müde.

Mehrseitige „Richtlinien für die Delegation“, die in Materns Nachlaß, d.h. nun im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde liegen, erklären viel. Verfasser und Datum sind nicht angegeben; die Macht-

verhältnisse in der DDR lassen an der Autorschaft der SED keinen Zweifel. Die Delegierten, heißt es, sollten sich immer als Überbringer einer „brüderlichen Botschaft“ zu erkennen geben. Bonn sei ihre Heimat wie Berlin. Sie sollten „keine Fragen von Journalisten und anderen Leuten beantworten“. Vor einer von ihnen zu organisierenden Pressekonferenz seien „für alle nur möglichen Fragen die Antworten und Argumente schriftlich fest(zu)legen und allen Delegierten (zu) geben.“ Die Volkskammer schickte also Abgeordnete als von der SED eintrainierte Schauspielertruppe nach Bonn, um das sowjetzonale Lied der nationalen Einheit zu singen.

Reaktionen auf Treffen

Mit Pfiffen und Buhrufen der Passanten waren die Delegierten in Bonn verabschiedet worden. Tage später begrüßten im Berliner Friedrichstadtpalast jubelnde Ostdeutsche die Delegierten in einer von der Nationalen Front der DDR veranstalteten Großveranstaltung: „Eine Welle patriotischer Begeisterung geht durch ganz Deutschland“, sagte der Versammlungsleiter. Der deutsche Dialog habe begonnen.

Die Aufregung in Bonn über den Besuch war immens, Ehlers wurde als „Briefträger“ verspottet oder massiv kritisiert. Dabei „tat er das Vernünftigste, was in diesem Augenblick zu tun war. Er beantwortete den Propagandatrick der Ostdeutschen mit einem ebensolchen Schritt“, indem er die Botschaft ohne jedes Gespräch mit den Delegierten in Empfang nahm. „Nur ein Böswilliger oder ein verblendeter Parteigänger Stalins kann darin den Anschein der Anerkennung für das gegen den Willen der Ostzonenbevölkerung an der Macht befindliche Regime ausgedrückt“ sehen, kommentierte die „Badische Zeitung“ am 16. September.

Ehlers wußte und leugnete nie, daß er Repräsentanten eines verbrecherischen Regimes empfing. Aber, gab er zu bedenken: Verhandelt nicht auch der US-Außenminister mit Stalins Außenminister, ohne die westliche

Einheit in Gefahr zu bringen? In beachtlicher Selbstkontrolle riskierte er unbekümmert einen zukunftsweisen Schritt. Er hatte nicht die Scheu vieler anderer Bonner Politiker, mit ostdeutschen Politikern zusammenzukommen. Auf allen Kirchentagen im Osten, die Ehlers regelmäßig besuchte, begegnete er ihnen zwangsläufig.

Aber in der Begegnung am 19. September ließ er es zu keinem Gespräch kommen, wonach die ostzonalen Delegierten gierten. In eiskalter Höflichkeit ließ er die DDR-Delegation theatralisch für alle erkennbar in die Luft boxen. Der „Beginn einer ideologischen Offensive“ Ehlers sei das gewesen, meinte dessen CDU-Kollege im Bundestag, Paul Bausch.

Gespräche nicht nur auf Kirchentagen

Hinter dieser unbekümmerten politischen Beweglichkeit stand auch Ehlers' Wunsch, **Gesprächsmöglichkeiten** zwischen Ost- und Westdeutschen nicht nur auf Kirchentagen, den größten gesamtdeutschen Versammlungen, zu ermöglichen. Im November 1952 reisten Mitarbeiter des Volkskammerpräsidenten nach Bonn, um Ehlers einen Brief Dieckmanns zu übergeben. Ehlers war nicht in Bonn. Auf die Frage nach ihrer Aufenthaltberechtigung in Westdeutschland „erklärte Kollege Jatzke, Herr Bundespräsident Ehlers habe ihm anläßlich früherer Besuche erklärt, daß er sich bei auftretenden Schwierigkeiten bei eventuellen künftigen Besuchen sofort mit ihm oder seinem Sekretariat in Verbindung setzen solle, damit er ungehindert die Grenze passieren könne.“

Blamiert stand im September 1952 die SPD da, die den Empfang boykottierte, obwohl sie die CDU wegen fehlender deutschlandpolitischer Initiativen anprangerte. Der haushohe Wahlsieg von Ehlers' Partei im Herbst 1953 war die Quittung. ■

Anm.:

Dr. theol. Andreas Meier ist freier Journalist in Berlin.

Bücher

Carlo Maria Martini/Umberto Eco: Woran glaubt, wer nicht glaubt? Paul Zsolnay Verlag, Wien 1998 ISBN 3-552-04902-9

Die Kirche befindet sich heute in einer ihrer tiefsten Krisen – hat die Religion deshalb aber wirklich alle Bedeutung in der modernen Welt verloren?

Der Mensch kann ohne den Glauben an Gott keine Lösung für die Probleme der Gegenwart finden – das ist die These des Mailänder Kardinals Martini, der seit Jahren als einer der wichtigsten Kandidaten für das Amt des Papstes gilt.

Und es ist der bedeutende Wissenschaftler Umberto Eco, der Antwort gibt auf eine provozierende Frage: An welche Werte glaubt eigentlich einer, der nicht glaubt? Ein zukunftsweiser Dialog, wie er viel zu selten geführt wird. ■

Rudolf Weth/ Heinz-W. Siering (Hrsg.): Neukirchener Kalender 1999, Block mit 365 Blättern, Kalenderverlag des Erziehungsvereins, Neukirchen-Vluyn 1998. ISBN 3-920524-38-1

Der Neukirchener Kalender führt wegweisend durch das Jahr und bietet Orientierung durch vertiefende und zeitgemäße Andachten zur ökumenischen Bibellese, ermutigende Erzählungen, Meditationen und Gebete und vieles mehr.

Mehr als 180 Verfasserinnen und Verfasser stehen für die lebendige Vielfalt und Bandbreite des Neukirchener Kalenders, die sorgfältige redaktionelle Bearbeitung für die inhaltliche Geschlossenheit. ■



■ 18. 8. 1938 – Rücktritt von General- oberst Ludwig Beck

Hannover. „Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in der Stadt Hannover erinnert an die 60. Wiederkehr des Tages (18. August 1938), an dem der höchste Generalstabsoffizier des deutschen Heeres, Ludwig Beck, aus Protest gegen die Kriegspolitik Hitlers zurücktrat. Mit seiner mutigen Haltung gab der Chef des Generalstabs den Anstoß zum Entstehen einer breiten Widerstandsbewegung, die zum 20. Juli 1944 führte. Im Jahre 1938 planten erstmals deutsche Offiziere, Hitler zu stürzen.“

Dieser Ereignisse zu gedenken, steht uns gut an in einer Zeit, in der eine einseitige negative Darstellung deutscher Soldaten dominiert und in einer Stadt, in der die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ stattfinden wird. Generaloberst Beck war ein vorbildlicher Offizier, der Vaterlandsliebe und Verantwortungsbewußtsein über Ruhm und Karriere stellte, für den das Handeln der Staatsführung an moralischen Kriterien und dem Wohl des Vaterlandes zu messen war.“ ■

Warner Conring

■ „Ohne Kirche geht es nicht“

Essen. CDU-Bundestagskandidat **Henning Aretz** wurde zum Bezirksvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Ruhrgebiet gewählt.

Einstimmig entschieden sich die rund 20 Stimmberechtigten auf der EAK-Bezirkstagung für Henning Aretz. Der Bundestagskandidat löst

damit nach nur 16 Monaten **Hermann Gröhe** ab, der durch seine Nominierung zum Direktkandidaten der CDU an seine Heimatstadt Neuss gebunden ist.

Anschließend sprach **Jochen Borchert**, Bundeslandwirtschaftsminister sowie EAK-Bundesvorsitzender, über die Festigung des Wertekonsenses durch Politik und Kirche. ■

■ Zum christlichen Menschenbild

Nürnberg. Die Frage nach dem „C“, so lautete das Thema, zu dem der EAK der CSU den bayerischen Innenminister, **Dr. Günther Beckstein**, eingeladen hatte. Seit zwei Jahren sitzt er in der evangelischen Landessynode, wo immer wieder auch seine Asylpolitik zur Sprache kommt.

Fremdenliebe, so der Minister, sei zwar eine zentrale christliche Botschaft. Wer dies ernst nehme, müsse aber die Aussiedler genauso behandeln wie Asylbewerber. Wenn er hingegen das bayerische evangelische „Sonntagsblatt“ lese, kämen Aussiedler, obwohl im Gros evangelische Christen, viel seltener vor.

An seinem christlichen Menschenbild orientiert sich Beckstein auch in der Kriminalitätsbekämpfung. Der Mensch sei nun einmal ein Sünder, der das Böse in den Griff bekommen müsse. Wo dies nicht der Fall sei, müsse eben die Polizei eingreifen. Sorgen bereitet ihm vor allem die rapide Zunahme der Kinder- und Jugendkriminalität, die innerhalb weniger Jahre um bis zu 50 Prozent gewachsen sei. Der Grund? Bei der Erziehung werde zu wenig Wert auf die Werte gelegt. ■

■ Das Christentum und die Zukunft der Demokratie

Ludwigsburg. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Ludwigsburg unter Vorsitz von **Ulrich Hirsch** hatte den landesweit bekannten Sozialphilosophen **Prof. Dr. Günter Rohrmoser** zu einem Vortrag geladen. In seinem Referat über „Das Christentum und die Zukunft der Demokratie“ wurde Rohrmoser seinem Ruf als scharfsinniger Analytiker von Zeit, Gesellschaft, Kirche und Staat mehr als gerecht.

Rohrmoser begann mit einem Rückblick in die Geschichte von Kirche und Staat. Deren Verhältnis sei immer vom Zeitpunkt und konkretem Erfahrungshintergrund geprägt gewesen. Christen hätten sich in der Regel immer mit der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung arrangiert, auch unter Leiden, oder diese akzeptiert.

Nach seinen einführenden Worten kam Rohrmoser auf das eigentliche Thema zu sprechen, und stellt besorgt die Frage in den Raum, ob die Deutschen die Demokratie überhaupt für zukunftsfähig halten würden. Wenn 70% der Bevölkerung Wahlversprechen nicht glauben und immerhin 60% der Überzeugung sind, daß Deutschland sich auf eine Katastrophe zubewegt und die Politik unfähig ist, dieser Einhalt zu bieten, dann gehe diese Glaubwürdigkeitskrise an die Wurzeln der Demokratie. ■

■ Treffen des EAK- Sangerhausen und des EAK-Bezirks Niederrhein

Eisleben. Auf persönliche Initiative von **R. Martin Tyll** aus Krefeld begegneten sich erstmals Delegationen zweier Evangelischer Arbeitskreise aus Ost und West in Eisleben. Herr Tyll, aus dem Kreis Sangerhausen stammend, wollte mit dieser Zusammenkunft Unterstützungsmöglichkeiten in der Überwindung von Problemen des Zusammenwachsens unseres Vaterlandes eröffnen. Der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete **Fredrick Schulze** nahm ebenfalls an dieser ersten Veranstaltung teil.

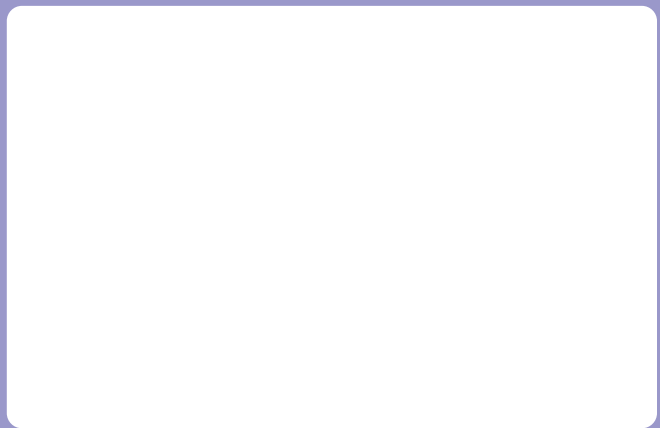
Aufgrund wenig vorhandenen christlichen Gedankengutes hat es der Evangelische Arbeitskreis in Sangerhausen unter Führung von Frau Schneppe bisher schwer, große Resonanz in der Bevölkerung zu finden. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß Menschen wie Frau Schneppe sich voll hinter diese Aufgabe gestellt haben. Gemeinsamkeit macht stark. Im Lernen voneinander, im Gespräch miteinander galt es, die Zusammenarbeitsmöglichkeiten auszuloten.

Neben Herrn Tyll nahmen u.a. an dieser ersten Zusammenkunft der Vorsitzende des EAK-Bezirk Niederrhein, **Dirk v. Hahn**, sowie **Dirk Züter**, Vorsitzender des EAK-Kleve, teil. ■

In der letzten Evangelische Verantwortung haben wir auf unsere Spendenaktion für die Dorfkirche in Gnevkow (Mecklenburg-Vorpommern) aufmerksam gemacht.

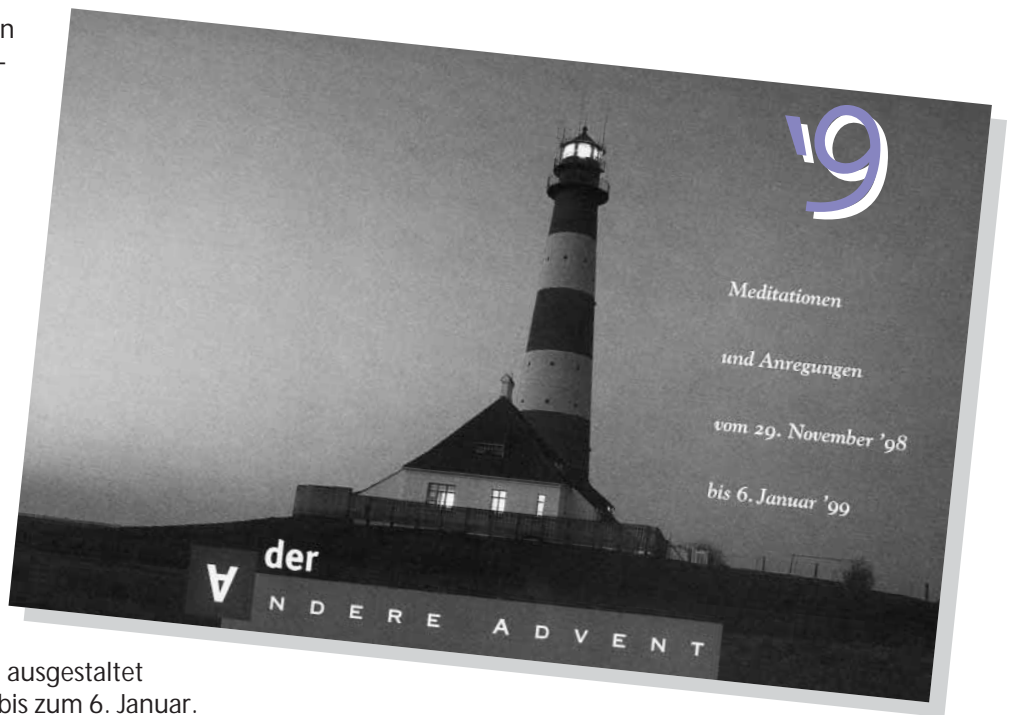
Die vollständige Kontobezeichnung lautet:
Kontoinhaber: Pfarrer H.J. Möller-Titel
Deutsche Bank Demmin
Konto: 4407086
BLZ 130 700 00
Kennwort: Kirche Gnevkow

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-305/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei **Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**



der N D E R E A D V E N T

Mit diesem Kalender wird eingeladen zu zwölf Minuten Meditieren, Nachdenken, Lesen und Beten. Angesprochen sind die zu Weihnachten wenig beachteten Singles und die Berufstätigen zwischen 30 und 40, denen der Vorweihnachtsstreß zusätzliche Bürden aufhalst. Besinnliches wechselt mit praktischen Anregungen, manche Texte sind Zuschriften auf die „Anderen Advente“ der vergangenen drei Jahre. So entsteht das Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer wachsenden Gemeinschaft – von 10.000 Leserinnen und Lesern beim Start zu 250.000 in diesem Jahr. Der vierfarbige Kalender (29,4 x 21 cm) ist mit Bildern, Grafiken sowie täglichen meditativen und praktischen Texten ausgestaltet und umfaßt die Zeit vom 1. Advent bis zum 6. Januar.



Den Kalender können Sie für DM 14,- zzgl. Porto und Versand bestellen bei: Der Andere Advent, Feldbrunnenstr. 29, 20148 Hamburg, Tel.: 0 40/41 32 24-43, Fax: 0 40/41 32 24-42

Unsere Autoren:

Jochen Borchert, MdB Friedrich-Ebert-Allee 73-75 53113 Bonn	Albrecht Martin Hugo-Reich-Str. 10 55543 Bad Kreuznach	Andrea von Parpart Am Bauernstein 3 06408 Latdorf	Prof. Dr. Martin Honecker Auf dem Weiler 31 53125 Bonn	KOBaur. Bernd Rüttinger Dr.-Moritz- Mützenheim-Str. 2a 99817 Eisenach	Dr. Andreas Meier Pestalozzistr. 16 10625 Berlin
---	--	---	---	--	--